Postulat Gächter-Berneck:**«Entwicklung des Ausländerbestandes im Kanton St.Gallen seit der Einführung der Personenfreizügigkeit am 1. Juni 2002**

Die Schweiz erlebt zurzeit ein massives Bevölkerungswachstum. Mehr als 85 Prozent ist auf Einwanderung zurückzuführen, was unser Land in Bezug auf die gesamte Infrastruktur vor gewaltige Herausforderungen stellt. Es stellt sich die Frage, ob diese starke Zuwanderung für unser Land auf längere Sicht verkraftbar ist. Es kommt hinzu, selbst der Bundesrat ist beunruhigt, dass im Rahmen der Personenfreizügigkeit eingereiste Arbeitskräfte beim Verlust des Arbeitsplatzes die Schweiz nicht mehr verlassen.

Am 1. Juni 2002 ist das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU-17 in Kraft getreten. Aus diesen Staaten sind seither 55'000 Personen in den Kanton St.Gallen zugewandert. Zusätzlich wurden 10'000 neue Grenzgämbewilligungen ausgestellt. Von 2002 bis 2009 lag die Einwanderung um über 36'000 Personen über der Auswanderung. Abzüglich der Einbürgerungen und der Nettoabwanderung in andere Kantone nahm der Ausländerbestand im Kanton St.Gallen von 2002 bis 2009 um mehr als 14'000 Personen zu und hat am 1. Januar 2010 einen Höchststand von über 105'000 Personen erreicht. Die Einwanderung seit 2002 entspricht somit fast der Grössenordnung der Städte Wil oder Gossau.

Im Jahr 2009 ist die Zahl der Arbeitslosen um 3'774 oder 65,1 Prozent gestiegen. Ein solcher Wert wurde letztmals im Frühjahr 1997 verzeichnet. Knapp die Hälfte der Stellensuchenden, nämlich 48,6 Prozent sind Ausländer. Trotz erhöhtem Arbeitsplatzangebot ist in unserem Kanton die Arbeitslosigkeit also deutlich gestiegen, weil unter anderem die Zahl der Einwanderer höher ist als die Zahl neuer Arbeitsplätze.

Ich ersuche die Regierung, die Entwicklung und die Folgen des Ausländerbestandes im Kanton St.Gallen seit Einführung der Personenfreizügigkeit am 1. Juni 2002 in einem Bericht aufzuzeigen.»

23. Februar 2010

Gächter-Berneck